

A3 Medienkompetenz statt Verbote

Antragsteller*in: Marvin Kliem, Sabrina Preßler, Sebastian Müller

- 1 Das Bayerische Jugendrotkreuz spricht sich gegen pauschale Verbote sozialer
- 2 Medien für Kinder und Jugendliche aus. Stattdessen setzt es sich für eine
- 3 konsequente Stärkung von Medienkompetenz sowie für eine effektive,
- 4 evidenzbasierte Regulierung digitaler Plattformen ein.

Begründung

Soziale Medien – Realität im Leben junger Menschen

Soziale Medien sind kein Randphänomen mehr, das man aus dem Leben junger Menschen heraushalten könnte. Laut der JIM-Studie 2025 des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest verbringen 12- bis 19-jährige in Deutschland im Durchschnitt täglich rund vier Stunden am Smartphone. Bei volljährigen Jugendlichen sogar über viereinhalb Stunden. Social-Media-Plattformen und Messenger-Dienste sind für sie nicht nur Unterhaltung, sondern zentrale Orte sozialer Kommunikation, politischer Information und jugendkultureller Teilhabe. Die JIM-Studie hält fest, dass Social Media aus Sicht der Jugendlichen „nicht nur ein Angebot, sondern elementarer Bestandteil des Alltags und des Zusammenlebens geworden ist.“

Das bedeutet nicht, dass alle Entwicklungen in diesem Bereich unkritisch zu sehen wären. Die DAK-Gesundheit hat in einer Befragung von 10- bis 17-jährigen und deren Eltern bei rund 350.000 Kindern und Jugendlichen eine krankhafte Nutzung sozialer Medien festgestellt, das entspricht etwa 6,6 Prozent. Weitere 21,5 Prozent werden als risikobehaftet eingestuft. Algorithmisch verstärkte Inhalte, Vergleichsdruck, Cybermobbing und Schlafstörungen sind reale Probleme, die ernst zu nehmen sind. Ein Leopoldina-Diskussionspapier aus dem Jahr 2025 weist darauf hin, dass bei intensiver Nutzung negative Auswirkungen auf das psychische, emotionale und soziale Wohlbefinden auftreten können.

Warum Verbote nicht die Antwort sind

Die politische Debatte der vergangenen Monate hat pauschale Verbote als vermeintlich einfache Lösung in den Mittelpunkt gerückt. Australien war im Dezember 2025 das erste Land weltweit, das Social Media für unter 16-jährige gesetzlich verboten hat. Frankreich, Großbritannien, Spanien und weitere Länder diskutieren ähnliche Schritte, in Deutschland hat Bildungsministerin Karin Prien eine Expertenkommission eingesetzt. Die Bilanz der australischen Erfahrungen gibt jedoch zu denken. Laut einer im April 2026 veröffentlichten Erhebung unter australischen Jugendlichen halten drei Viertel der Befragten es für „leicht“ oder „sehr leicht“, die Sperren zu umgehen, zum Beispiel über gefälschte Geburtsdaten, Accounts von Geschwistern oder Eltern sowie VPN-Dienste. Bei YouTube, Instagram und TikTok gaben jeweils rund 60 Prozent der verbliebenen jungen Nutzer*innen an, die Betreiber hätten nichts unternommen, um ihre Konten zu deaktivieren. Das politische Kernziel, die Sicherheit von Kindern im Netz zu erhöhen, wird dem Bericht zufolge verfehlt.

Verbote lösen das Problem nicht nur nicht, sie können es sogar verschärfen. Wer nie lernt, Algorithmen zu erkennen, Desinformation einzuordnen und die eigene Bildschirmzeit zu reflektieren, ist im Erwachsenenalter nicht besser geschützt, sondern schlechter vorbereitet. Hinzu kommt, dass pauschale Verbote soziale Teilhabe einschränken können. Gerade für marginalisierte Jugendliche stellen digitale Räume oft wichtige Rückzugsorte und Vernetzungsmöglichkeiten dar, die durch ein Verbot wegfielen. Auch rechtlich sind nationale Alleingänge in der EU durch den Digital Services Act (DSA) stark begrenzt, der als vollharmonisierendes EU-Recht nationale Regulierungsvorhaben im Bereich digitaler Vermittlungsdienste verdrängt.

Was wir stattdessen brauchen

Das Bayerische Jugendrotkreuz setzt sich für einen dreistufigen Ansatz ein, der Bildung, Regulierung und Begleitung miteinander verbindet:

Erstens brauchen wir eine systematische Stärkung von Medienkompetenz. In Schulen, in der offenen Jugendarbeit und in Jugendverbänden. Digitale Bildung muss fester Bestandteil von Lehrplänen werden, von der Grundschule bis in die Oberstufe. Kinder und Jugendliche müssen lernen, wie Algorithmen funktionieren, wie sie Desinformation erkennen, wie sie ihre eigene Nutzung reflektieren und wo sie digitale Hilfsangebote finden. Das JRK Bayern kann und will in diesem Bereich selbst Verantwortung übernehmen als Ort begleiteter Medienbildung in der ehrenamtlichen Jugendarbeit.

Zweitens müssen die Plattformen selbst stärker in die Pflicht genommen werden. Der bestehende EU-Rechtsrahmen, insbesondere der Digital Services Act, bietet hierfür bereits Instrumente. Was fehlt, ist politischer Wille zur konsequenten Durchsetzung. Plattformen müssen verpflichtet werden, algorithmische Verstärkung schädlicher Inhalte für Minderjährige aktiv zu unterbinden, Altersverifikationen ernsthaft umzusetzen und transparente Beschwerdemechanismen bereitzustellen. Die Verantwortung darf nicht allein bei Kindern, Eltern oder Schulen liegen.

Drittens braucht es Unterstützung für alle, die Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt begleiten. Eltern verfügen häufig nicht über das Wissen, die Kompetenzen und geeignete Instrumente, um die Aktivitäten ihrer Kinder zu begleiten oder zu schützen. Das stellt auch das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in seinen Forschungsperspektiven zur Mediennutzung fest. Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen sowie Ehrenamtliche in Jugendverbänden müssen gestärkt, fortgebildet und mit verlässlichen Materialien ausgestattet werden.

Digitale Räume sind kein Ausnahmebereich des Lebens junger Menschen, sondern ein Teil davon. Die Antwort auf Risiken im Netz kann nicht sein, Kinder und Jugendliche auszuschließen und auf Schutzmechanismen zu setzen, die sie ohnehin umgehen. Die Antwort muss sein, sie zu befähigen. Das Bayerische Jugendrotkreuz steht für diesen Ansatz und setzt sich dafür ein, dass Politik und Gesellschaft denselben Weg gehen.

Quellen

- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs): JIM-Studie 2025. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland. Stuttgart, November 2025. <https://mpfs.de/studie/jim-studie-2025/>
- DAK-Gesundheit: Pressemitteilung zur Social-Media-Sucht bei Kindern und Jugendlichen, Februar 2026. Zitiert nach: ZDFheute, 17.02.2026. <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/social-media-verbot-kinder-jugendliche-studie-sucht-100.html>
- Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina: Diskussionspapier „Soziale Medien und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“. August 2025. Zitiert nach: Deutsches Schulportal, 20.04.2026. <https://deutsches-schulportal.de/schule-im-umfeld/social-media-gesetz-australien-umfrage>
- heise online: „Australien: Social-Media-Verbot für Jugendliche wirkt kaum“. 28. April 2026. <https://www.heise.de/news/Australien-Social-Media-Verbot-fuer-Jugendliche-wirkt-kaum-11275105.html>
- Deutsches Schulportal: „Social-Media-Verbot Australien: Viele Jugendliche machen sich über die Altersgrenze lustig.“ Interview mit Lehrer Chris Bush, April 2026. <https://deutsches-schulportal.de/>

[schule-im-umfeld/social-media-verbot-australien-viele-jugendliche-machen-sich-ueber-die-altersgrenze-lustig/](#)

- watson.ch: „Darum ist ein Medienpädagoge gegen ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige.“ Interview mit Mirco Manetsch, März 2026. <https://www.watson.ch/digital/social-media/260263055>
- Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut (HBI): „Die Hürden eines Social-Media-Verbots in Deutschland.“ Juni 2025. <https://leibniz-hbi.de/die-huerden-eines-social-media-verbots-in-deutschland/>
- Goethe-Universität Frankfurt: „Einschätzungen zur Social-Media-Regelung in Australien.“ Dezember 2025. <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/gesellschaft/einschaetzungen-zur-social-media-regelung-in-australien/>
- Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit: „Social-Media-Verbote.“ Stellungnahme 2026. <https://jugendsozialarbeit.de/veroeffentlichungen/positionen-und-stellungnahmen/stellungnahmen-2026/social-media-verbote/>
- Deutsches Jugendinstitut (DJI): Forschungsperspektiven zur Mediennutzung, Medienbildung und Herausforderungen bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Zitiert nach: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (s. o.)

Unterstützer*innen

Thomas Wolf (BV OMF)